



Amtsblatt

Jahrgang 2017 Göttingen, den 19.01.2017 Nr. 03

Inhalt: Seite:

A. Veröffentlichungen des Landkreises

./.

B. Veröffentlichungen der Gemeinden

Stadt Duderstadt
B-Plan Nr. 10, 2. Änderung, „Feriengebiet Pferdeberg“, OT Gerblingerode 32

Stadt Herzberg am Harz
I. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 34

Gemeinde Rosdorf
B-Plan Nr. 061, „Ehemalige Anne-Frank-Schule“, OT Rosdorf 36

C. Veröffentlichungen sonstiger Stellen

Abwasserverband Eller-Rhume
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017 38

Zweckverband Erholungsgebiet Wendebachstausee
Jahresrechnung 2015 44

Zweckverband Naturschutz- und Erholungsgebiet Seeburger See
Verbandsversammlung am 23.01.2017 45

Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen
Entschädigungssatzung für die Verbandsversammlung und den Verbandsausschuss des ZVSN 46



Rechtsverbindlichkeit einer Bebauungsplanänderung

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

der Rat der Stadt Duderstadt hat in seiner öffentlichen Sitzung am 02.11.2016 die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 „Ferienhausgebiet Pferdeberg“, OT Gerblingerde, gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Das Planverfahren wurde nach § 13 und § 13a BauGB (beschleunigtes Verfahren) durchgeführt.

Der räumliche Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung geht aus der nachfolgenden Planskizze hervor.

Der Änderungsbebauungsplan einschließlich der Begründung kann im Stadthaus, Worbiser Straße 9, 37115 Duderstadt, Fachbereich Bauen und Umwelt, 3. Obergeschoss, Zimmer 41, während der Dienststunden eingesehen werden. Auf Verlangen wird Auskunft über den Inhalt des Bebauungsplanes gegeben.

Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Göttingen wird die Bebauungsplanänderung rechtsverbindlich.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird auf Folgendes hingewiesen:

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. ein unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2a BauGB beachtlicher Fehler und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Absatzes 4 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Der Bürgermeister

(Wolfgang Nolte)

Stadt Duderstadt

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 "Ferienhausgebiet Pferdeberg", Ortsteil Gerblingerode

Im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB



Amtsblatt für den Landkreis Göttingen vom 19.01.2017 Nr. 03



I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Herzberg am Harz für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund des § 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Herzberg am Harz in seiner Sitzung am 14.12.2016 folgende I. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird nicht geändert.

§ 2

Der Gesamtbetrag der bisher vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird nicht geändert.

§ 3

Der bisherige Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht geändert.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite aufgenommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 13.395.600,00 € um 1.400.000,00 € auf 14.795.600,00 € neu festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert.

Herzberg am Harz, den 15.12.2016

Lutz Peters
Bürgermeister

Die vorstehende I. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die gem. § 115 Abs. 1 S. 2 NKomVG i. V. m. § 120 Abs. 2, § 119 Abs. 4 und § 122 Abs. 2 NKomVG erforderlichen Genehmigungen sind durch den Landkreis Göttingen - Az. 20.1 – am 16.01.2017 erteilt worden.

Die I. Nachtragshaushaltssatzung liegt gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 i. V. m. § 115 Abs. 1 Satz 2 NKomVG

vom 23.01. bis 31.01.2017

zur Einsichtnahme im Bürgerbüro der Stadt Herzberg am Harz, Marktplatz 30, 37412 Herzberg am Harz, öffentlich aus.

Herzberg am Harz, den 18.01.2017

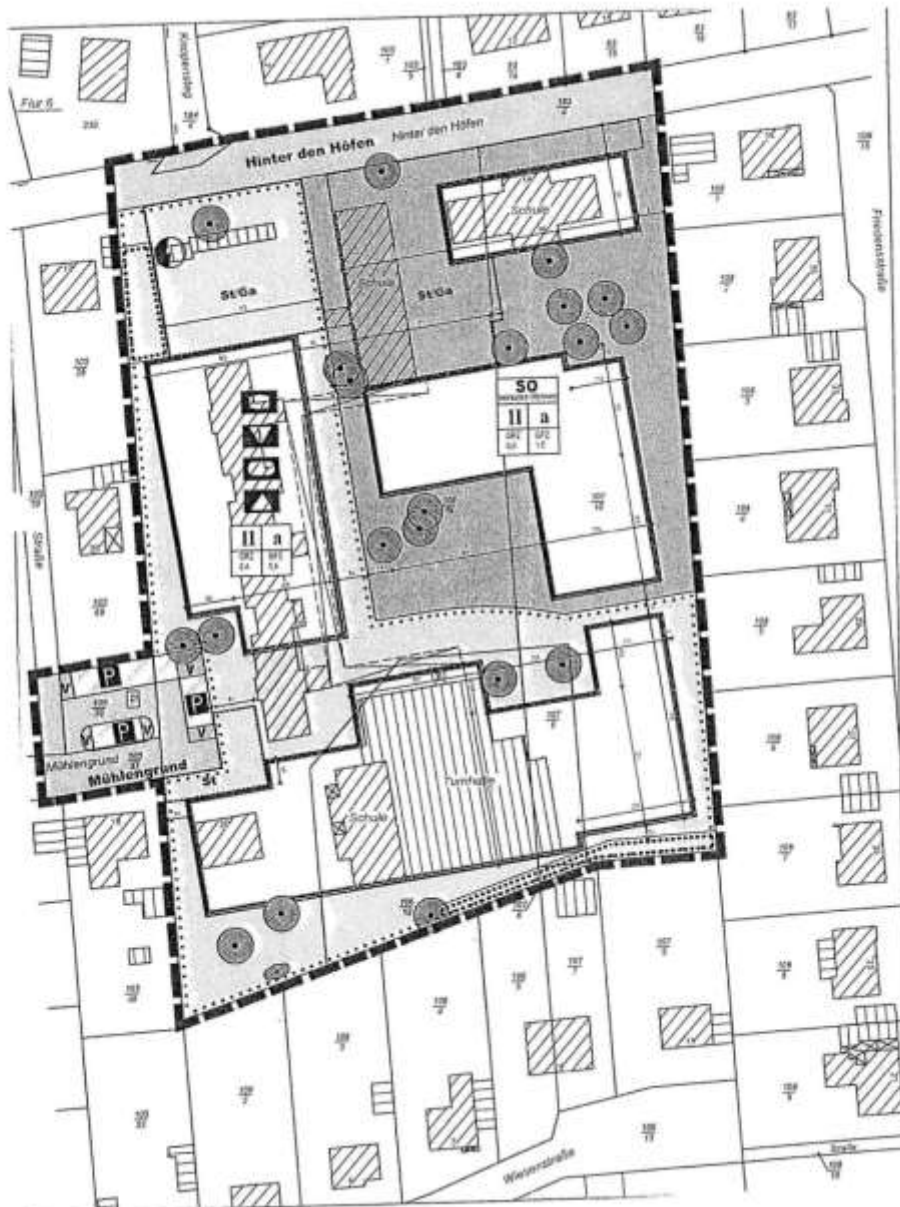
Lutz Peters
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Göttingen vom 19.01.2017 Nr. 03

BEKANNTMACHUNG

Der Rat der Gemeinde Rosdorf hat in seiner Sitzung am 07.11.2016 den Bebauungsplanes Nr. 061 „Ehemalige Anne-Frank-Schule“, Ortschaft Rosdorf gemäß § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zurzeit geltenden Fassung als Satzung und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB beschlossen. Mit dieser Bekanntmachung tritt dieser Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Der Geltungsbereich des vorgenannten Bebauungsplanes ist im nachstehenden Lageplan dargestellt.



Der vorgenannte Bebauungsplan einschl. Begründung wird vom Tage dieser Bekanntmachung an im Fachbereich Finanzen und Bauen der Gemeinde Rosdorf, Lange Str. 12, 37124 Rosdorf, Zimmer 3 während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht bereit gehalten. Auf Verlangen wird Auskunft über den Planinhalt gegeben.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB weise ich darauf hin, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Rosdorf geltend gemacht worden ist.

Ebenso sind nach § 215 Abs. 1 BauGB Mängel in der Abwägung (§ 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB) unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Der Bürgermeister

gez. Steinberg

13.12.2016

**Abwasserverband
Eller-Rhume**

Haushaltssatzung

und

Haushaltsplan

2017

Ergebnisrechnung

2015

HAUSHALTSSATZUNG

des Abwasserverbandes "Eller-Rhume" in 37434 Rhumspringe, Landkreis Göttingen.

HAUSHALTSJAHR 2017

Der Verbandsausschuss hat in seiner Sitzung am 13.12.2016 aufgrund der §§ 22 u. 23, 28 - 31 der Satzung vom 04.05.2012, in Kraft getreten am 06. Juli 2012, die nachstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 beschlossen.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

| | |
|-------------------------------|-----------|
| <u>im Verwaltungshaushalt</u> | |
| in der Einnahme auf | 602.200 € |
| in der Ausgabe auf | 602.200 € |

festgesetzt.

| | |
|-----------------------------|-----------|
| <u>im Vermögenshaushalt</u> | |
| in der Einnahme auf | 132.500 € |
| in der Ausgabe auf | 132.500 € |

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2017 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 50.000 € festgesetzt.


§ 4

Die laufenden Kanalbenutzungsgebühren werden auf € 3,10 je m³ Schmutzwasser festgelegt.

Rhumspringe, 13.12.2016


Verbandsvorsteher




Vorstandsmitglied

**VERWALTUNGSHAUSHALT
EINNAHMEN**

| Haushalts- stelle | Bezeichnung | Haushaltsansatz | Haushaltsansatz | Ergebnisrechnung |
|----------------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-------------------|
| | | 2017 | 2016 | 2015 |
| | | € | € | € |
| 100 | Vermischte Einnahmen | 100 | 100 | 2.490,14 |
| 172 | Kanalbenutzungsgebühren | 602.000 | 592.400 | 582.570,80 |
| 207 | Zinsen vom Kreditmarkt | 100 | 100 | 5,23 |
| | Einnahmen | 602.200 | 592.600 | 585.066,17 |
| | Ausgaben | 602.200 | 592.600 | 585.066,17 |
| | Überschuss/Fehlbetrag | 0 | 0 | 0,00 |

**VERWALTUNGSHAUHALT
AUSGABEN**

| Haushalts- stelle | Bezeichnung | Haushaltsansatz | Haushaltsansatz | Ergebnisrechnung |
|----------------------|-------------------------------------|-----------------|-----------------|-------------------|
| | | 2017 | 2016 | 2015 |
| | | € | € | € |
| 400 | AE Vorsteher | 5.400 | 5.400 | 5.371,20 |
| 401 | AE Kassenverwalter | 4.600 | 4.600 | 4.510,32 |
| 402 | AE Verbandstechniker | 4.200 | 4.200 | 4.119,12 |
| 403 | Sitzungsgeld | 2.800 | 2.300 | 1.290,00 |
| 404 | AE Bürokräft | 1.200 | 1.200 | 1.200,00 |
| 415 | Entgelte Beschäftigte | 89.200 | 86.200 | 81.467,28 |
| 435 | Versorgungsbeiträge | 10.800 | 10.500 | 9.715,92 |
| 445 | Sozialversicherungsbeiträge | 17.200 | 16.800 | 15.958,87 |
| 501 | Unterhaltung Grundstücke u. Gebäude | 30.000 | 30.000 | 7.608,26 |
| 510 | Unterhaltung Kanäle | 35.000 | 24.000 | 34.117,74 |
| 520 | Unterhaltung Maschinen u. Geräte | 45.000 | 23.000 | 60.644,51 |
| 540 | Bewirtschaftungskosten | 95.000 | 98.000 | 84.848,90 |
| 541 | Klärschlamm Entsorgung | 40.000 | 40.000 | 39.426,75 |
| 542 | Abwasser- u. Bodenuntersuchungen | 13.000 | 13.000 | 7.498,32 |
| 640 | Abgaben und Versicherungen | 13.100 | 13.000 | 12.502,82 |
| 650 | Bürobedarf | 1.000 | 1.000 | 202,63 |
| 651 | Post- Telefongebühren | 1.000 | 1.000 | 962,12 |
| 652 | Dienstreisen | 300 | 300 | 183,60 |
| 656 | Prüfungsgebühren | 2.400 | 1.900 | 1.819,51 |
| 660 | Verfüungsmittel | 2.000 | 2.000 | 1.413,10 |
| 661 | Beiträge an Verbände | 2.200 | 2.200 | 2.184,18 |
| 662 | Sonstige Ausgaben | 1.000 | 1.000 | 2.856,88 |
| 700 | Einrichtung eines Kanalkatasters | 55.000 | 10.000 | 773,50 |
| 701 | Vermögensbewertung | 3.000 | 7.000 | 4.950,46 |
| 711 | Abwasserabgabe | 20.000 | 22.000 | 18.486,00 |
| 808 | Zinsen an Kreditmarkt | 50.300 | 57.900 | 73.715,62 |
| 860 | Zuführung an den VermH. | 57.500 | 114.100 | 107.238,56 |
| | Gesamtausgaben | 602.200 | 592.600 | 585.066,17 |

**VERMÖGENSHAUSHALT
EINNAHMEN**

| Haushalts- stelle | Bezeichnung | Haushaltsansatz | Haushaltsansatz | Ergebnisrechnung |
|----------------------|--------------------------------|-----------------|-----------------|-------------------|
| | | 2017 | 2016 | 2015 |
| | | € | € | € |
| 300 | Zuführung vom Verw.H | 57.500 | 114.100 | 107.238,56 |
| 310 | Entnahme aus Rücklagen | | 0 | 0,00 |
| 362 | Kanalbaubeitrag der Mitglieder | | | |
| | Stadt Duderstadt | 4.000 | 4.000 | 0,00 |
| | Samtgemeinde Gieboidehausen | 4.000 | 4.000 | 0,00 |
| 377 | Kreditaufnahme Kreditmarkt | 0 | 0 | 0,00 |
| 390 | Überschuss Vorjahr | 67.000 | 24.200 | 56.634,33 |
| | Einnahmen | 132.500 | 146.300 | 163.872,89 |
| | Ausgaben | 132.500 | 146.300 | 132.324,48 |
| | Überschuss Vorjahr | 0 | 0 | 31.548,41 |

**VERMÖGENSHAUSHALT
AUSGABEN**

| Haushalts- stelle | Bezeichnung | Haushaltsansatz | Haushaltsansatz | Ergebnisrechnung |
|----------------------|--------------------------------|-----------------|-----------------|-------------------|
| | | 2017 | 2016 | 2015 |
| | | € | € | € |
| 900 | Zuführung zum Verw.H | | 0 | 0,00 |
| 910 | Zuführung an Rücklagen | | 19.200 | 0,00 |
| 935 | Erwerb bewegl. Vermögens | 3.000 | 5.000 | 1.491,89 |
| 940 | Baumaßnahmen | 8.000 | 8.000 | 0,00 |
| | Stadt Duderstadt | | | |
| | Erschließung Baulücken | 4.000 | 4.000 | 0,00 |
| | Samtgem. Gieboldehausen | | | |
| | Erschließung Baulücken | 4.000 | 4.000 | 0,00 |
| | Baumaßnahmen | | | 0,00 |
| 977 | Tilgung Kreditmarkt | 121.500 | 114.100 | 130.832,59 |
| 992 | Fehlbetrag Vorjahr | 0 | 0 | 0,00 |
| | Gesamtausgaben | 132.500 | 146.300 | 132.324,48 |

Jahresrechnung 2015
Des Zweckverbandes Erholungsgebiet Wendebachstausee

Die Jahresrechnung 2015 ist von der Verbandsversammlung am 19.12.2016 entgegen genommen und genehmigt worden.

Dem Verbandsgeschäftsführer wurde Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnung 2015 mit dem Rechenschaftsbericht für den Zweckverband Erholungsgebiet Wendebachstausee einschließlich des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes ergänzt um die Stellungnahme des Verbandsgeschäftsführers liegt während der Servicezeit (8:30 bis 15:30 Uhr) in der Zeit vom **06. – 10.02.2017** im Zimmer **507** beim Landkreis Göttingen – Fachbereich Umwelt -, Reinhäuser Landstraße 4, 37083 Göttingen, öffentlich aus.

Gez. Dirk Piper
Verbandsgeschäftsführer

Bekanntmachung

gem. § 14 Abs. 3 NKomZG

Am

Montag, 23. Januar 2017, 16.30 Uhr

findet im Restaurant „Wellenreiter“ in 37136 Seeburg, Wollbrandshäuser Str. 6
die konstituierende Sitzung der

Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturschutz- und Erholungsgebiet Seeburger See

statt.

Für die **öffentliche Sitzung** ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Pflichtbelehrung und Verpflichtung der anwesenden Mitglieder der
Verbandsversammlung
4. Genehmigung bzw. Kenntnisnahme der Niederschrift über die 6. Sitzung
der Verbandsversammlung vom 25.10.2016
5. Wahl der/des Vorsitzende/n der Verbandsversammlung
6. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden der Verbandsversammlung
7. Wahl der Verbandsgeschäftsführerin / des Verbandsgeschäftsführers
8. Wahl der stellvertretenden Verbandsgeschäftsführerin / des stellvertretenden
Verbandsgeschäftsführers
9. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung
10. Kauf von 4 weiteren Tretbooten
11. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2017
einschließlich Wirtschaftsplan
12. Mitteilungen und Anfragen

Im Anschluss findet eine **vertrauliche Sitzung** statt.

gez, Günter Goldmann
Vorsitzender der Verbandsversammlung

Aufgrund der §§ 10 und 55 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i. V. m. § 18 Abs. 1 Niedersächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) wurde am 15.12.2016 folgende Satzung beschlossen:

Entschädigungssatzung für die Verbandsversammlung und den Verbandsausschuss des ZVSN

Beschluss der Verbandsversammlung vom 15.12.2016

§1

Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Fahrtkosten

- (1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses erhalten eine Entschädigung.
- (2) Für die Teilnahme an den Sitzungen erhalten die jeweiligen Mitglieder ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 €.
- (3) Notwendige Fahrtkosten vom Wohnort zum Sitzungsort werden mit 0,30 € pro gefahrenen Kilometer vergütet.
- (4) Sind infolge der Teilnahme an den Sitzungen für die notwendige und nachgewiesene Betreuung von Kindern bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres Kosten entstanden, wird auf Antrag eine zusätzliche Aufwandsentschädigung bis zu einem Höchstbetrag von 8 € je Stunde, maximal 40 € je Tag gewährt.

§ 2

Allgemeine Bestimmungen

Die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Entschädigungen nach dieser Satzung ist Angelegenheit der Empfängerinnen und Empfänger.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Entschädigungssatzung tritt am 02.01.2017 in Kraft.

Göttingen, den 02.01.2017

gez. Wemheuer
Vorsitzende der Verbandsversammlung

gez. Frömming
Verbandsgeschäftsführer